

Pliezhausen, 25. Januar 2018

Petitionsbrief an:

Martin Schulz – Parteivorsitzender der SPD

Sehr geehrter Herr Schulz,

die Altersversorgung in Deutschland beruht auf einem Mehrklassenrecht, das die einen zur Selbstvorsorge und Solidarität verpflichtet und die anderen ohne einen eigenen Beitrag staatlich alimentiert. Während die Ersteren im europäischen Vergleich mit Minirenten abgespeist werden und nachfolgenden Generationen dank einer verheerenden Arbeitsmarktpolitik zunehmend Altersarmut droht, erfreuen sich die anderen (Beamte, Richter, insbesondere aber auch Politiker) an hohen, lebensstandardsichernden Pensionen.

Die Bürgerversicherung ist eine uralte sozialdemokratische Forderung, die das Mehrklassenrecht in der Altersversorgung beseitigt und das im Grundgesetz verankerte Gleichheitsgebot (Art. 1 Abs. 1 GG) verwirklicht. Leider ist diese Forderung nach der von Gerhard Schröder eingeleiteten neoliberalen Kehrtwende in der SPD in Vergessenheit geraten. Herr Schulz, wagen Sie doch einfach einen Blick über die Grenzen nach Österreich, der Schweiz oder auch in die Niederlande, die bei der Altersversorgung ihrer Bürger einiges besser machen.

Bei der Bürgerversicherung geht es nicht um Neid, wie Kritiker oder auch die Lobbyverbände der Nutznießer regelmäßig einwenden, sondern um Gerechtigkeit!

Sorgen Sie überdies für eine sofortige Ausgliederung von versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenversicherung. Leistungen, denen keine Versicherungsbeiträge (z.B. Mütterrente oder Grundrente für langjährig Versicherte) gegenüberstehen, gehen alle an und sind aus Steuermitteln zu finanzieren. Alles andere ist Betrug an den Beitragszahlern. Anders als nämlich immer behauptet, reicht der staatliche Rentenzuschuss bei weitem nicht aus, die der Rentenversicherung auferlegten Lasten zu finanzieren. Durch die systematische Unterdeckung versicherungsfremder Leistungen bedient sich der Staat in Wirklichkeit mit vollen Händen aus der Rentenkasse. Seit 1957 beläuft sich die mit diesem „Taschenspieler-Trick“ ergaunerte Summe auf mehr als 750 Milliarden Euro, nachzulesen in der nach Otto Teufel benannten „Teufeltabelle“.

Worauf warten Sie Herr Schulz, zeigen Sie Rückgrat und politischen Mut! Sollten sich CDU und CSU in den Koalitionsverhandlungen diesen sozialdemokratischen Kernforderungen verweigern, dann ist Opposition die bessere Alternative für die SPD. Auf Willy Brandt geht der Spruch zurück: *"Es hat keinen Sinn, eine Mehrheit für die Sozialdemokraten zu erringen, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein."*

Initiative gegen Altersarmut

www.iga-org.de

Kontakt:

Peter Weber

Langhagweg 12

72124 Pliezhausen

Tel.: 07127 / 71695 oder 071 / 8692120

E-Mail: peter.weber@iga-org.de